

## Schlussfolgerungen

Die Ausgangsthese wird durch das Beispiel Mali nur ansatzweise bestätigt, da Frankreich noch über keine Kampfdrohnen verfügt. Doch solche strebt es an. Zudem setzte es Spezialkräfte ein und wollte ursprünglich den afrikanischen Partnern den Vorrang beim Bodeneinsatz lassen. Die Aufstandsbekämpfung scheint in eine postmoderne Phase eingetreten zu sein, die alte und neue Methoden der Kriegführung mit denen der Stabilisierung durch die Abstützung auf eine Vielzahl von Unterstützern kombiniert, um so den politischen Zweck zu möglichst geringen eigenen Kosten zu erreichen. Allerdings ist es erstens noch zu früh, den Erfolg der Intervention in Mali abschließend zu bewerten. Das gilt sowohl für die Frage, wie sich die Aufständischen verhalten werden, als auch für die der politischen Zukunft Malis und der ganzen Sahelregion.<sup>51</sup> Zweitens reicht

das Beispiel Mali natürlich nicht aus, um allgemeine Aussagen zu treffen – auch wenn die jüngsten Interventionspraktiken in Afghanistan, Somalia und Libyen die skizzierte Tendenz ebenso zu bestätigen scheinen wie die erklärte Absicht der USA, künftig auf großformatige Stabilisierungs- und COIN-Operationen zu verzichten.<sup>52</sup> Angesichts der Sparzwänge ist anzunehmen, dass Frankreich, die EU und die Partner künftig verstärkt auf indirekte Ansätze, kombiniert mit gezieltem Gewaltmitteleinsatz, bei der Aufstandsbekämpfung zurückgreifen werden. Ob dieser verfeinerte *Comprehensive Approach* erfolgreicher sein wird als frühere COIN-Operationen, ist allerdings fraglich, entscheiden doch letztlich die Akteure vor Ort, ob und wie sie einen Gewaltkonflikt lösen.

51 Die Aufständischen scheinen sich mittlerweile reorganisiert zu haben. Vgl. Jacques Follorou, Un an après „Serval“, les djihadistes sont de retour au Mali, in: Le Monde, 27.2.2014.

52 US Department of Defense, Sustaining U.S. Global Leadership. Priorities for the 21<sup>st</sup> Century Defense, Januar 2012, S. 6.

# Problemregion Mali Nord – ein entwicklungspolitischer Rückblick

Stefan Brüne\*

**Abstract:** The sub-Saharan Sahel has undergone three major droughts in less than a decade. Efforts undertaken by Germany and the international community in the area of governance included the delivery of essential services and the promotion of political inclusion. Re-establishing constitutional order in Mali, which recently witnessed a military coup d'état, fighting between Government forces and Tuareg rebels, and the seizure the north by the Islamists remains a challenge. There is a need of a coherent, comprehensive and coordinated peacekeeping approach encompassing governance, security and human rights.

**Keywords:** Grand Nomadisme, Sahel-Dürren, Tuareg-Rebellionen, deutsch-malische Entwicklungsbeziehungen, Operation Serval Grand Nomadisme, Sahelian droughts, Tuareg rebellions, German-Malian development relationships, Operation Serval

## 1. Einleitung

An seine Exzellenz Monsieur Helmut Kohl, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Exzellenz, wir haben die Ehre, Sie auf die dramatischen Entwicklungen aufmerksam zu machen, unter denen die Tuareg und die arabische Bevölkerung des Azawad (Nordmali) gegenwärtig leiden.

Vorab dürfen wir daran erinnern, dass es die Tuareg und die Araber von Azawad waren, die den berühmten deutschen Forscher Heinrich Barth seinerzeit als erste empfangen und für seine Sicherheit sorgten.

Es ist diese Bevölkerung, die, Eure Exzellenz, als Opfer blinder malischer Repression darum bittet, bei der internationalen Gemeinschaft dafür einzustehen, dass der Genozid der malischen

Regierung, die die Bevölkerung des Azawad auslöschen will, ein Ende findet. (...)

Im Wissen um das Eintreten ihres Volkes und Ihrer Regierung für die Menschenrechte und Minderheiten möchten wir Sie daher bitten, uns in dieser schweren Zeit Ihre Unterstützung zu gewähren. (...)

25. Juli 1994

Koordinationsbüro der Mouvements et Fronts Unifiés de l'Azawad (M.F.U.A.)

Abderrahmane Galla<sup>1</sup>

Der Norden Malis gilt seit Jahrzehnten als Krisengebiet. Die Künstlichkeit kolonial gezogener Grenzen, die unbefriedigten Autonomieansprüche der Tuaregs und eine ausgeprägte Elitenkonkurrenz arabisch-stämmiger Bevölkerungsgruppen galten lange als Hauptursachen verbreiteten Unmuts. Mit bis heute

\* Prof. Dr. Stefan Brüne, Hamburg-Dschibuti, Politikberater afrikanischer Regional- und Friedensinitiativen.

1 Brief der Mouvement et Fronts Unifiés des l'Azawad (M..F.U.A.) vom 25. Juli 1994 an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (Übersetzung S.B.).

spürbaren Folgen: In den nur dünn besiedelten Wüstengebieten Malis, Nigers und des Tschad existieren transnationale, relativ autonome, staatlicher Autorität nur begrenzt unterworfenen Einfluss- und Interessenzonen. Während Teile der internationalen Presse im Sahel das „Schlachtfeld der Zukunft“ sehen – und Frankreichs jüngste Militärintervention („*Operation Serval*“) als alternativlose Abwehr radikalislamistischen Terrors beschreiben –, soll hier nach den historisch überkommenen Ursachen anhaltender Konflikte gefragt werden. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass eine regionenbezogene, politisch verhandelte und auf ökonomischen Entwicklungsanreizen basierende Langfriststrategie unerlässlich ist.

## 2. Historische Hintergründe

Gewaltförmige Auseinandersetzungen zwischen den dunkelhäutigen Gesellschaften des Nigertals und den arabisch-berberischen Nomaden der Sahel-Sudan-Zone haben eine lange Geschichte. Bereits zu Beginn des europäischen Mittelalters hatten die im und um den Nigerbogen organisierten sudanesischen Reiche (Ghana 9.-12. Jahrhundert, Mali 13.-17. Jahrhundert, Songhai-Gao 15.-18. Jahrhundert) in ihren nördlichen Grenzregionen Probleme mit kriegerischen Nachbarn. Letztere unternahmen, insbesondere in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs, ausgedehnte Raubzüge gegen städtische Siedlungen der sesshaften Bevölkerung – ohne selbst als Nomadenkrieger dauerhaft politische Strukturen zu bilden.

Diese Grundsituation blieb lange erhalten. Auch der französischen Kolonialmacht gelang es nicht, die Tuareg-Stämme und den Norden Malis durch Ausnutzung interner Differenzen dauerhaft unter Kontrolle zu bringen.<sup>2</sup> Begründet in der Lebens- und Wirtschaftsform des *grand nomadisme* waren es vor allem naturräumliche Grenzen, die die ökonomische und politische Sonderstellung der Wüsten- und Wüstenrandgebiete beförderten. Hinzu kamen kulturell verfestigte Selbstwahrnehmungen. Einer Mischung mit anderen Ethnien und der Aufgabe der nomadischen Lebensweise stand eine streng orthodoxe Grundhaltung entgegen, die die Tuaregs in beherrschendem Stolz auf die bäuerliche Kultur sesshafter Produzenten herablicken ließ. Auch die krisenbedingte Einbuße großer Teile ihrer Herden vermochte daran nur wenig zu ändern. In der südlichen Kontaktzone des Sahel-Gebiets kam es kaum zu einer Assimilation mit schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppen (wenn man von den Angehörigen der untersten Kaste absieht, die in der streng hierarchisch gegliederten Tuareg-Gesellschaft den Sklavenstatus innehatten). Erst die zweite Sahel-Dürre (1981-84) und die mit ihr verbundene vorübergehende Ansiedlung von Flüchtlingen im Umkreis der großen südlichen Städte bewirkte hier, in Grenzen, eine Veränderung. Dennoch blieben die Viehzüchter des Nord-Sahel als ethnisch-kulturelle Minderheit von zentralstaatlichen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen. Über den Einsatz und die Verwendung im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Verfügung stehender Mittel entschied lange (*villas de sécheresse*) eine zunehmend korruptionseingeeignete staatliche Verwaltung.

2 Waibel, Gabi: Sesshaftwerdung und sozialer Wandel bei den Tuareg. Hamburg 1998.

Hintergrund des Ende der 1980er Jahre erneut aufgeflamten „Tuareg-Konflikts“, der bis Mitte der 1990er Jahre zweitausend Menschenleben kostete, waren zudem die innenpolitisch unbewältigten Folgen eines Staatsbildungsprozesses, in dessen Verlauf sich ausgeprägte ethno-ökonomische Gegensätze zwischen den politisch dominanten sesshaften Ethnien des „wohlhabenden“ malischen Südens und den absichtsvoll vernachlässigten sahelisch-saharischen Nordregionen politik- und dürrebedingt verstärkten. Dabei spielten historisch verfestigte Gefühlslagen eine ebenso große Rolle wie ein einseitig an „Gewaltlösungen“ orientiertes Regierungshandeln.

### 2.1 Die erste Tuareg Revolte (1962)

Nur wenige Jahre nach der staatlichen Unabhängigkeit Malis (1960) – und dem Scheitern der Föderation mit dem Senegal – kam es 1962-64 zu einem Aufstand der nordmalischen Tuareg gegen die Regierung Präsident Modibo Keitas. Keita, in dessen Verwaltung Gruppierungen dominierten, die mit den Tuareg von alters her in Spannung leben, hatte nach dem Abzug der Franzosen hohe Steuern auf den Viehbestand erhoben und damit die Bewohner des Nordens in deren Wahrnehmung durch eine einseitige, wirtschaftlich und regional unausgewogene Politik benachteiligt. Die Folge war eine Rebellion, die auf Waffen aus Marokko und Algerien zurückgreifen konnte, in der Umgebung von Gao und Timbuktu begann und vom malischen Militär, das Brunnen vergiftete und feindliche Stellungen aus der Luft bombardierte, 1963 gewaltsam niedergeschlagen wurde. Die Grausamkeit dieser Ereignisse hat sich in das kollektive Gedächtnis vieler Malier fest eingeschrieben. Viele Tuareg flohen nach Algerien, einige ihrer Anführer wurden später auf Ersuchen Bamakos ausgeliefert und öffentlich hingerichtet.<sup>3</sup>

Als es auch im Sommer 1968 nur spärlich regnete und der Regen 1973-74 gänzlich ausblieb, entstand der Eindruck, dass die Regierung in Bamako die Notsituation politisch zu nutzen suchte, indem sie sie ignorierte. Nachdem in den frühen 1970er Jahren zahlreiche Tuareg gen Süden geflohen waren und in einer Art historischen Revanche Teile der dort ansässigen Bevölkerung von den Ufern des Niger verdrängten (die koloniale Bodenreform der 1950er Jahre hatte individuelle und familiale Formen der Bodennutzung durch Sesshafte begünstigt und die Tamashek ihrer historischen Nutzungs- und Weiderechte beraubt), entschlossen sich – im Gefolge einer weiteren Dürre (1983-86) – erneut Zehntausende zur Binnen- und Auslandsmigration.

Zugleich verstärkte Muammar al-Gaddafi, der seit 1980 eine unabhängige Tuareg-Republik forderte, sein „panafrikanisches“ Engagement. Malische Flüchtlinge fanden Arbeit auf libyschen Ölfeldern und erhielten seitens der Islamischen Legion<sup>4</sup> eine paramilitärische Ausbildung. Ein libyscher Rundfunksender begann Sendungen auf *Tamashagh* nach Mali und Niger auszustrahlen. Ende der 1980er

3 Senghaas-Knobloch, Eva: Subjektivität in der internationalen Politik. Über das Zusammenspiel persönlicher und institutioneller Faktoren der Konfliktbearbeitung. In: Steinweg, Rainer/Christian Wellmann (Hg.): Die vergessene Dimension internationaler Konflikte. Frankfurt/M. 1999, S. 29-61.

4 Die 1972 gegründete islamische Legion, auch Islamisch Pan-Afrikanische Legion genannt, war eine von Libyen ins Leben gerufene paramilitärische Einheit, die die Schaffung eines Islamischen Staates des Sahel beabsichtigte. Anwerbungswillige erhielten einen monatlichen Sold zwischen 833 und 1666 US-Dollar.

Jahre verstärkte sich der ökonomische Druck auf die malischen Nordregionen erneut, als Tripolis auf der Remigration von 20.000 Tamaschek bestand. Die zumeist ohne wirtschaftliche Grundlage zurückkehrenden ehemaligen Nomaden erlebten nicht nur eine ökologische Krise, sondern auch einen malischen Staat, der an der Lösung ihrer Probleme nur begrenzt Interesse zeigte.<sup>5</sup>

## 2.2 Die Tuareg-Revolution (1990-95)

Anfang der 1990er Jahre – der Bevölkerung des Nordens war die traditionelle Lebensgrundlage entzogen und Moussa Traoré hatte im Schatten des Ost-West-Konflikts dreiundzwanzig Jahre diktatorisch regiert – weitete sich die Unzufriedenheit zu einer flächendeckenden Rebellion aus. Anlass für einen bewaffneten Tamaschek-Überfall auf die Polizeistation von Ménaka (Region Gao) war im Juli 1990 die Forderung von Tuareg-Gruppen, das Gebiet der Adrar des Iforas unter Selbstverwaltung zu stellen sowie die vermutete Unterschlagung von Hilfsgeldern. Die bald den ganzen Norden umfassenden Unruhen veranlassten Moussa Traoré, der seine Truppen im Gefolge studentischer Unruhen in Bamako und den südlichen Landesteilen konzentrierte, verstärkt nach politischen Konfliktlösungen zu suchen.

Nach dem Ende der Einparteiensherrschaft und dem Sturz des Traoré-Regimes im März 1991 gelang es der Übergangsregierung unter Oberstleutnant Ahmadou Toumani Touré (ATT), mit vier Tuareg-Bewegungen ein Abkommen schließen, das – unter Zeitdruck verhandelt – den Nordregionen den gewünschten Sonderstatus zugestand und neben der Eingliederung von Tuareg-Kämpfern in die malische Armee Programme zur Reintegration der Flüchtlinge vorsah. Die als *Pacte National* geschlossene Vereinbarung wurde am 11. April 1992 von der Regierung in Bamako und den *Mouvements et Front Unifiés de l'Azawad* (MFUA) in Anwesenheit algerischer und französischer Vermittler unterzeichnet. In der Folge zog sich die malische Armee – mit Ausnahme der großen Städte – aus dem Norden des Landes zurück. Pläne, nach denen ethnisch gemischte Sondereinheiten für eine Übergangszeit für die Sicherheit der nördlichen Landteile verantwortlich sein sollten, wurden jedoch nie verwirklicht, da beide Seiten gegebene Zusagen nicht einhielten. Nur drei der ursprünglich zwölf geplanten Sondereinheiten wurden aufgestellt. Die schleppende Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen führte erneut zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen (Folterungen, spontane Hinrichtungen), die zahlreiche Menschen auf beiden Seiten das Leben kosteten. Erst Ende 1995 fanden die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen ihr vorläufiges Ende, nachdem traditionelle Führer der Sonhgoi und der Tuareg Friedensgespräche geführt hatten, denen Aussöhnungstreffen folgten. Am 27. März 1997 wohnte Ghanas Präsident Jerry Rawlings in seiner Eigenschaft als ECOWAS-Vorsitzender der symbolischen Verbrennung von Tuareg-Waffen in Timbuktu bei. Zugleich wurde eine Amnestie für alle während der bewaffneten Konflikte begangenen Straftaten in Aussicht gestellt.<sup>6</sup>

5 Klute, Georg: Der Tuaregkonflikt in Mali und Niger. In: Joachim Betz/Stefan Brüne (Hg.): *Jahrbuch Dritte Welt* 1996, München 1995, S. 146-161.

6 Poulton, Robin-Edward/Ibrahim ag Youssouf: *A Peace of Timbuktu. Democratic Governance, Development and African Peacekeeping*. United Nations Institute for Disarmament Research. New York-Geneva 1998. Raffray, Méridéc: *La révolte des Hommes bleu*. Paris 2013.

## 3. Die deutsch-malische Zusammenarbeit

Die Bundesrepublik Deutschland war 1960 das erste Land, das Mali – nach der gescheiterten Föderation mit dem Senegal – völkerrechtlich anerkannte.<sup>7</sup> Es folgten, vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts, unterschiedlich intensive Phasen ziviler und militärischer Ausbildungs- und Ausstattungshilfe. Von letzterer profitierte vor allem die malische Armee. Als die lange als zögerlich wahrgenommene Regierung in Bamako die Weltöffentlichkeit 1973 über Folgen der großen Dürre informierte, half die Bundesrepublik mit einer kurzfristig eingerichteten Luftbrücke in den Norden. 1983/84 trugen weitere flächendeckende Projekte der Nahrungsmittelversorgung dazu bei, katastrophale Dürrefolgen zu mindern. Das deutsch-malische Verhältnis war gut. Anders als Paris stand Bonn bei staatstragenden Gruppen in Bamako nicht im Verdacht, die Dürrefolgen für eigene politische Zwecke nutzen zu wollen.<sup>8</sup>

### 3.1 Das Programm Mali-Nord

Nachdem die Tuaregaufstände die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bis zum Sturz Moussa Traorés (1990) kaum beeinflusst hatten, waren nach dem Bekanntwerden andauernder Menschenrechtsverletzungen an malischen Tuaregs Forderungen nach einer vorübergehenden Einstellung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit laut geworden. Eine Bitte, der das BMZ in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt nicht entsprach, da es gelte, eine erneute Militärdiktatur zu verhindern.<sup>9</sup>

Stattdessen wurde 1993 mit Vorbereitungen für ein Entwicklungsprogramm in den Nordregionen begonnen. Das entsprechende Abkommen wurde im Juni 1994 unterzeichnet. Erklärtes Ziel war es, den sozialen und ökonomischen Stabilisierungsprozess in den malischen Nordregionen zu unterstützen und durch Soforthilfemaßnahmen zu deren Befriedung beizutragen. Das „Mali-Nord“ genannte Programm sah neben Rückkehrhilfen für Tuareg und Mauren umfangreiche Investitionsprogramme für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur vor.<sup>10</sup> Mit vergleichsweise umfangreichen Mitteln ausgestattet war es zu schneller, direkter und unbürokratischer Soforthilfe auch deshalb in der Lage, weil die in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) üblichen Planungsverfahren nur zum Teil zur Anwendung kamen.

Rückblickend kann das Vorhaben als Beispiel dafür gelten, wie Geduld, diplomatisches Geschick und die finanzielle Unterstützung des Auslands zusammenwirken können, um – unter Verzicht auf staatliche Gewalt – regionale Integrations- und Entwicklungsbemühungen zu befördern und gewaltsam ausgelegene Konflikte zu befrieden. Dabei waren neben der in-

7 Einzelheiten in: Lemke, Bernd: Mali und die Entkolonialisierung. In: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Hg.): *Mali. Wegweiser zur Geschichte*. Paderborn-München-Wien-Zürich 2013, S. 49-75.

8 Brüne, Stefan: *Die französische Afrikapolitik. Hegemonialinteressen und Entwicklungsanspruch*. Baden-Baden 1995.

9 Ähnlich sah es das BMZ, das Pläne, die militärischen Ausbildungshilfen für Mali auszusetzen, mit dem Hinweis kritisierte, es werde kaum zu vermitteln sein, dass die Bundesrepublik Deutschland mehr als eineinhalb Jahrzehnte reibungslos mit der Armee einer Diktatur zusammenarbeitet habe, aber die Zelte abbreche, wenn sich das Land auf den schwierigen Weg zur Demokratie mache. Siehe Brüne/Weingärtner 1999, S. 29 und 35.

10 Papendieck, Henner/Barbara Rocksloh-Papendieck: *Vom Südrand des Azawad. Konfliktbewältigung im Norden Malis*. In: Engel, Ulf/Andreas Mehler (Hg.): *Gewaltsame Konflikte und Prävention in Afrika*. Hamburg 1998, S. 98.

formierten Berücksichtigung lokaler Gruppeninteressen und Konfliktgründe die Schaffung eines Netzwerks vertrauensvoller Kontakte sowie eine strikt auf Interessenausgleich bedachte, die Selbstverantwortung der lokaler Akteure betonende Neutralität von ausschlaggebender Bedeutung. Wichtigste Botschaft, so erinnern Projektverantwortliche, war immer: „Eure Rückkehr ist nicht unser, sondern Euer Problem. Kümmert Euch darum.“

Ebenfalls von großer Bedeutung waren transparente, partizipative und öffentlich gemachte Formen der Entscheidungsfindung. Die innovative Nutzung verhandelter Spielräume basierte auf einer Projektkonzeption, die finanzielle und materielle Hilfen direkt und unbürokratisch an den schriftlich dokumentierten Kooperationswillen lokaler Akteure band. Dabei wurden die projektbezogenen Entscheidungen nach einer vertrauensbildenden Anfangs- und Orientierungsphase weitgehend mobilen, dezentral agierenden (und berichtspflichtigen) Projektverantwortlichen überlassen. Alle Akteure waren eingebunden. Den Zielgruppen wurde ein ungewöhnlich großer Handlungs- und Entscheidungsspielraum zugestanden, ihre Eigenbeteiligung nachdrücklich eingefordert.<sup>11</sup> Ohne das Programm „Mali Nord“ hätte es in den späten 1990er Jahren keinen Frieden gegeben.<sup>12</sup>

#### 4. „Operation Serval“ – mehr als operatives Kurzfristdenken?

Anfang 2013 standen die Nordregionen Malis erneut im Mittelpunkt krisenbezogenen Interesses. Dabei gilt es vorab daran zu erinnern, dass die jüngste Malikrise eine vorhersehbare Folge der von Sarkozy mit verantworteter Libyenpolitik war. Ein Großteil der modernen Waffen, über die malische Rebellen zu Beginn der französischen Intervention *Operation Serval* verfügten, stammte aus libyschen Beständen, die nach dem Sturz Muammar al-Gaddafis in den malischen Norden verbracht worden waren. Hinzu kam eine Regimekrise in Bamako. Malis Präsident Amadou Toumani Touré war im März 2012, zwei Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit, von putschenden Militärs entmachtet worden. Gerüchte, er habe von einer laschen Drogenpolitik auch persönlich profitiert, lassen sich nicht zweifelsfrei belegen, sind aber geeignet, Formen und Komplexität innermalischer Machtkämpfe zu illustrieren.<sup>13</sup>

Anlass für die französische Militärintervention war die offenbar unerwartete Eroberung wichtiger Luftstützpunkte durch islamistisch auftretende Rebellen. Noch im Oktober 2012 hatte François Hollande den Einsatz französischer Bodentruppen in Mali („Französische Soldaten werden nicht in die Kämpfe eingreifen“) kategorisch ausgeschlossen, um dann am 11. Januar 2013 einen

antiterroristischen „guerre sans merci“ zu erklären.<sup>14</sup> Knapp 4.000 französische Soldaten waren im Rahmen der *Operation Serval* im Einsatz.<sup>15</sup> Zusammen mit malischen Truppen begannen sie Mitte Januar 2013 mit beachtlicher Effizienz, die dünn besiedelten malischen Nordregionen zurückzuerobern. Innerhalb weniger Tage gelang es ihnen, strategisch wichtige Luftstützpunkte einzunehmen und die Städte Gao, Kidal und Timbuktu unter ihre Kontrolle zu bringen.<sup>16</sup> Hollandes Popularitätswerte stiegen von 32 auf über 80 Prozent. Man verfolge in Mali keine Eigeninteressen, erklärte der sozialistische Präsident, und man werde so lange in Mali bleiben, wie der Kampf gegen den Terrorismus dies erfordere. Von den Kämpfen waren über eine Millionen Menschen betroffen. Kenner der Region bescheinigten den malischen Truppen schwere Menschenrechtsverletzungen. Journalisten sollen eingeschüchtert, Zivilisten gefoltert und Frauen vergewaltigt worden sein. Wie viele Tote es bei den französischen Luftangriffen gegeben habe, sei, so Verteidigungsminister Le Drian unter Verweis auf militärische Geheimhaltungspflichten, nicht bekannt.<sup>17</sup>

Während französische Politiker den als alternativlos geschilderten Militäreinsatz mehrheitlich und parteiübergreifend billigten, warnen Islam- und Regionalexperten vor einem langen Abnutzungskrieg.<sup>18</sup> Der öffentlich verbreitete Eindruck, es gehe in der ehemaligen Vorzeigerepublik Mali in erster Linie um die Bekämpfung militanter Islamisten, sei irreführend. Im Kern gehe es um das Verhältnis eines nichtdemokratischen Kunststaates zur Zivilbevölkerung. Hinzu kommen Vorbehalte hinsichtlich der Angemessenheit klassischer Kriegführung. Der ehemalige französische Premierminister Dominique de Villepin mahnte zur Zurückhaltung. Kriege seien nicht geeignet, solide und demokratische Staaten zu befördern: „Non, la guerre ce n'est pas la France.“<sup>19</sup> Ähnlich äußerte sich Ex-Präsident Sarkozy.<sup>20</sup> Auch die USA, die in Bamako eine festungsartige Botschaft unterhalten und das malische Militär durch lokale Ausbildungsmaßnahmen der Special Forces unterstützten, sahen sich vor einem Dilemma. Einerseits halfen sie den französischen Streitkräften bei der Luftaufklärung (in Mont Verdun und in Niger), andererseits untersagt das US-amerikanische Recht die Unterstützung einer Putscharmee.<sup>21</sup>

Als erwiesen darf inzwischen gelten, dass das militärische Eingreifen Frankreichs, wenn auch möglicherweise nicht in seiner

- 14 Zu den Hintergründen und Motiven innerfranzösischer Entscheidungsfindung siehe: Le Monde, 15.01.2013. Beau, Nicolas: Papa Hollande au Mali. Chronique d'un fiasco annoncé. Paris 2013. Flichy, Thomas (dir.): Opération Serval au Mali. Panazol 2013. Galy, Michel (ed.): La guerre au Mali. Comprendre la crise au Sahel et au Sahara: enjeux et zones d'ombre. Paris 2013. Lasserre, Isabelle/ Thierry Oberlé: Notre guerre secrète au Mali. Les nouvelles menace contre la France. Paris 2013. Schmid, Bernhard: Die Mali-Intervention. Befreiungskrieg, Aufstandsbekämpfung oder neokolonialer Feldzug? Münster 2014. Brüne, Stefan: Terra incognita? Das Afrika des François Hollande. In: WeltTrends 20 (November/Dezember 2012) 87, S. 16-21. Brüne, Stefan: Behutsame Wende? Frankreichs Außenpolitik unter François Hollande. Politische Studien 64 (Januar/Februar 2013) 447, S. 50-59.
- 15 Rouppert, Bérangère: EUTM Mali: Une mission déployée dans l'urgence dans un contexte de conflit ouvert. Note d'Analyse du GRIP, Bruxelles, 19.04. 2013. Roy, Olivier: Vaine stratégie française au Mali. Le Monde, 5. 02. 2013, S. 19.
- 16 Barrera, Bernard: Brigade Serval: les clés du succès tactique (janvier à mai 2013). Revue Défense Nationale (Novembre 2013) 764, S. 71-74.
- 17 Le Figaro, 17.01.2013. Inzwischen (März 2014) geht das französische Außenministerium von rund 1000 getöteten Rebellen aus. Le Monde, 12.03.2014. Le Monde, 5.12.2013.
- 18 Le Journal du Dimanche, 12.01.2013.
- 19 Libération, 6.03.2013; Nouvel Observateur, 7.03.2013.
- 21 Brüne, Stefan: Mali in der Krise. Hat Frankreich sich verzettelt? WeltTrends 21 (Mai-Juni 2013) 90, S. 10-14.

11 Einzelheiten in: Brüne, Stefan/Liola Weingärtner: EZ-Wirkungen in Konfliktsituationen: Fallstudie Mali Nord. Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn 1999.

12 Brüne, Stefan: Der „Tuareg-Konflikt“. Friedenskonsolidierung durch Entwicklungszusammenarbeit. In: Ulf Engel/Cord Jakobeit/Andreas Mehler/Gunter Schubert (Hg.): Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff. Münster 2005, S. 99-111.

13 Lacher, Wolfram/Denis Tull: Mali. Jenseits von Terrorismusbekämpfung. SWP-Aktuell 9, Februar 2013. Lohmann, Annette: Mali nach dem Militärputsch. Stresstest für die Demokratie. Perspektive-FES Mali, Friedrich Ebert Stiftung, Mai 2012. Papendieck, Henner/Barbara Rockslöh-Papendieck: Mali. Aktuelle Lage, Ursachen, Akteure und politische Optionen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Dezember 2012.

jetzigen Form, von langer Hand vorbereitet war. Bereits kurz nach dem Präsidentenwechsel – und dem Beginn des von François Hollande im Wahlkampf angekündigten Rückzugs aus Afghanistan – hatte das französische Verteidigungsministerium begonnen, die Voraussetzungen für einen möglichen Malieinsatz zu schaffen. Ein halbes Jahr lang beobachteten Satelliten und französische Flugzeuge die Trainingslager und Kommandozentren bewaffneter Rebellen. Die internationale Öffentlichkeit wurde auf einen möglichen Einsatz eingestimmt. Über konkrete Einsatzpläne und Handlungsanforderungen wurde die Presse allerdings, wenn überhaupt, eher indirekt und zeitversetzt informiert.<sup>22</sup> Präsident Hollandes nach Interventionsbeginn geäußerte Überzeugung, Frankreich verfolge in Mali keine Eigeninteressen, wird in Paris indes nicht uneingeschränkt geteilt. Außenminister Laurent Fabius sprach von einer „diplomatie économique“, als sich Ende Januar 2013 Vertreter französischer Unternehmen (Thales, GDF-Suez, EHC, LLC) auf den Weg nach Bamako machten.<sup>23</sup> Französischen Uran-, Gold- und Ölgesellschaften wird Interesse an einem Engagement im Norden Malis nachgesagt.

Von Bedeutung dürfte darüber hinaus das statusbezogene und korporative Eigeninteresse französischer Militärs gewesen sein, deren Vergütung sich einsatzbedingt verdoppelt: „L'armée française compte encore“, titelte Le Monde<sup>24</sup> und die ursprünglich für Ende Januar 2013 vorgesehene Veröffentlichung eines neuen Weißbuchs, das die französische Außen- und Sicherheitspolitik kosten-, einsatz- und zukunftsbezogen zu analysieren sucht, wurde mehrfach verschoben.<sup>25</sup> Frankreich hat im postkolonialen Afrika über fünfzigmal militärisch interveniert – mit aus demokratiepolitischer Perspektive begrenztem Erfolg. Es ist zudem das einzige europäische Land, das südlich der Sahara permanente Militärbasen unterhält. Ende Februar 2013 beliefen sich die Kosten der Maliintervention bereits auf 100 Millionen Euro. Unterdessen warf die in Paris ansässige Organisation „Reporter ohne Grenzen“ den französischen Streitkräften vor, eine objektive Berichterstattung zu erschweren.<sup>26</sup> Nach dem Beginn der Kampfhandlungen hätten Militär und Behörden unabhängige Journalisten daran gehindert, sich den Kampfzonen zu nähern. Sie seien daher weitgehend von Informationen abhängig gewesen, die ihnen die Konfliktparteien zur Verfügung stellten.<sup>27</sup>

## 5. Aussichten

Ob, wann und unter welchen Voraussetzungen das französische Eingreifen zu einer nachhaltigen Befriedung der Sahelregion beitragen kann, steht dahin. Das offiziell erklärte Bestreben, die territoriale Integrität Malis wahren und den „islamistischen Terror“ besiegen zu wollen, ist mit zahlreichen Risiken behaftet. Auf Dauer, so die Mehrzahl regional erfahrener Beobachter und

Experten, dürften die Probleme Malis weder militärisch noch durch Frankreich noch durch eine „europäische Feuerwehr“<sup>28</sup> zu lösen sein. Michael Wolffsohn hält der Pariser Politik Flickschusterei vor, Christina Hellmich beklagt populistische Zu-spitzungen („a notion of a unified Islamist threat does not exist in that form in reality“) und Olivier Zajec kritisiert die Sprunghaftigkeit französischer Außenpolitik.<sup>29</sup>

Unverzichtbar erscheint eine international abgestimmte Langfriststrategie, eine realistische Beschreibung von Ziel und Gegner und ein Bekenntnis zu politischen Lösungen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die al-Qaida des islamischen Maghreb (AQMI) im Sahel keine breite soziale Basis hat und vor allem als parasitärer Nutznießer lokaler Konflikte von Bedeutung ist. Aus friedenspolitischer Perspektive, so Ex-Brigadegeneral Helmut W. Ganser, bedarf es einer zivil-militärischen Strategie, eines „comprehensive approach“, der – auf Basis einer informierten Analyse komplex verwobener innerstaatlicher und regionaler Konfliktursachen – den Schlüssel zur politischen Stabilisierung im politisch-ökonomisch-sozialen Bereich sieht.<sup>30</sup> Dabei könnten die Erfahrungen des Projekts Mali-Nord von Nutzen sein.



Quelle: Karte\_Mali.png. de.wikipedia.org

22 Le Journal du Dimanche, 12.01.2013; Süddeutsche Zeitung, 4.01.2013.

23 La lettre du continent, 6.02.2013.

24 Le Monde, 6.1.2013.

25 Ministère de la défense: Livre blanc. Défense et Sécurité Nationale 2013. Paris 2013.

26 Reporters without borders: French military intervention achieves “zero image of the war front” media objective. <http://en.rsf.org/mali-french-military-intervention-16-02-2013,44084.html>.

27 Brüne, Stefan: Von langer Hand geplant. Message (2013) 2, S.14-17.

28 Wolffsohn, Michael: Mali und die Flickschuster. Die Welt, 8.02.2013.

29 Hellmich, Christina: Mali/Algeria. Threat of AQIM to Europe has been overstated. African Arguments, 22. 01.2013; Zajec, Olivier: Vor und nach Timbuktu. Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe), 8.02. 2013.

30 Ganser, Helmut W.: Jede Therapie beginnt mit einer profunden Diagnose. Weshalb es in Afrika auf die politische Strategie ankommt. Internationale Politik und Gesellschaft, 17.02.2014.